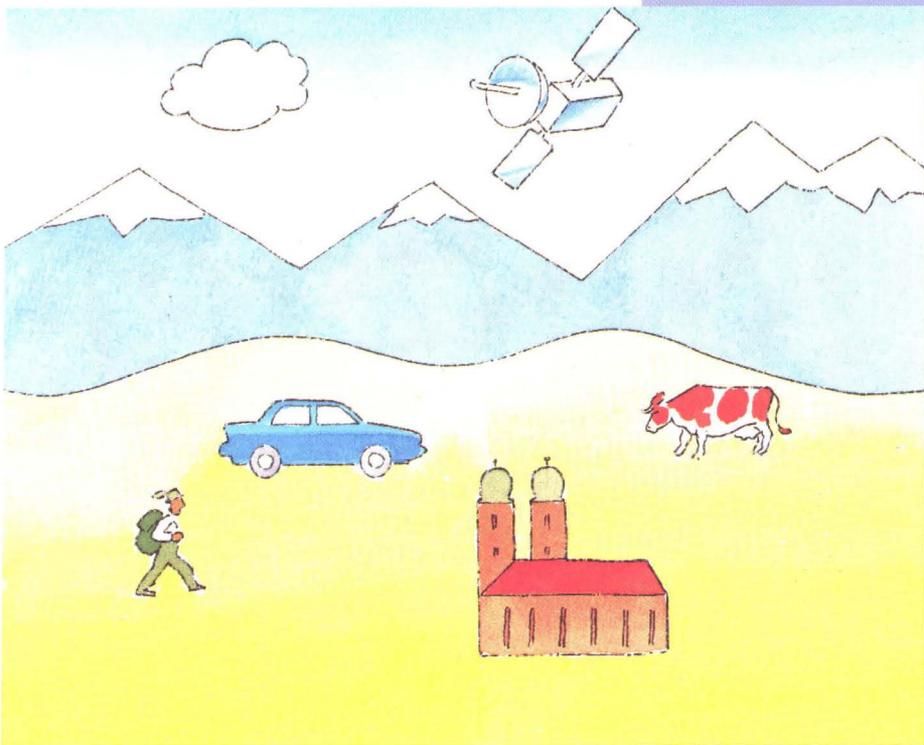


Bayern

in der Europäischen Union



Europäische Kommission

Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland
Zitelmannstraße 22, 53113 Bonn

Vertretung in Berlin,
Kurfürstendamm 102, 10711 Berlin

Vertretung in München,
Erhardtstraße 27, 80331 München

Redaktionsschluß: März 1994

Zeichnungen: Anne Huwison, Lionel Koechlin, Wilhelm Valder

Herausgeber: Amt für amtliche Veröffentlichungen der
Europäischen Gemeinschaft, Luxemburg 1994

© EGKS-EG-EAG, Brüssel • Luxemburg 1994

Nachdruck – ausgenommen zu kommerziellen Zwecken –
mit Quellenangabe gestattet



Bayern

in der Europäischen Union

Bayern ist ein Staat mit über 1000jähriger Geschichte und Tradition. Sein historisches Erbe ist auch heute noch lebendige Wirklichkeit. Die glückliche Verbindung von Tradition und Fortschritt hat dem Freistaat Bayern sein unverwechselbares Gesicht und den Menschen ihre Heimat bewahrt. Bayern ist eingefügt in die umfassendere Ordnung der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union. Um die Zukunft bewältigen zu können, brauchen wir die Einheit Europas, die seine Vielfalt bewahrt.

Voraussetzung dafür ist das harmonische Zusammenwirken zwischen der Europäischen Union, den Mitgliedstaaten und den Regionen auf der Grundlage von Föderalismus und Subsidiarität.

Die Eigenstaatlichkeit Bayerns muß auch in einem zusammenwachsenden Europa erhalten bleiben. Die Länder und Regionen sind die wahren Bausteine eines vereinten Europa. Der Maastricht-Vertrag gibt die richtige Richtung vor: Eigenverantwortung wo möglich, Regelungen durch die Europäische Union nur wo aus übergreifenden Gesichtspunkten nötig.

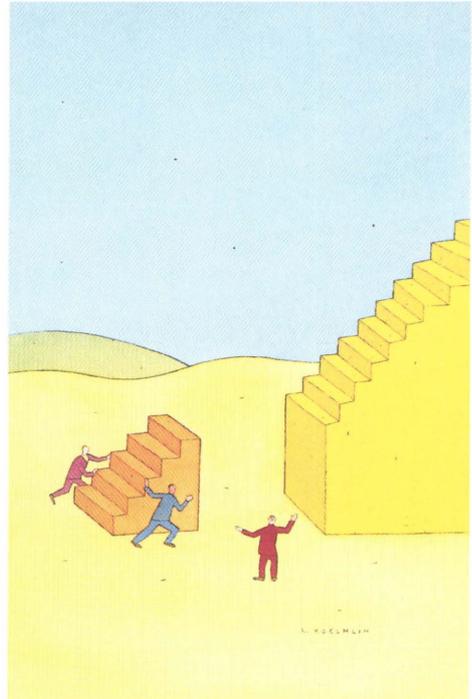
Auf dieser Grundlage wird Europa weiter zusammenwachsen.“

*Edmund Stoiber
Bayerischer Ministerpräsident*



BAYERN IN EUROPA

Traditionsbewußtsein
und High-Tech
sind gefragt



Oktoberfest und wirtschaftlicher Fortschritt. In Bayern schließen sich Traditionsbewußtsein und High-Tech nicht aus. Große Unternehmen im Bereich der Automobil-, Luftfahrt- oder Elektroindustrie sind Marktführer in der Europäischen Union. Mehr als 230 000 landwirtschaftliche Betriebe erzeugen Produkte mit weltweitem Bekanntheitsgrad. Das bayerische Bier hat die Region berühmt gemacht. Trotz hohem Eigenverbrauch exportiert Bayern aber immer noch 70 Prozent der Hopfen-Ernte in Länder der EU.

Bayern ist ein wichtiger Handelspartner der anderen Regionen der Union: Über die Hälfte des gesamten bayerischen Exports (51,6 Prozent 1992) geht in andere EU-Länder. Das sichert viele Arbeitsplätze.



Doch diese Broschüre soll nicht in erster Linie auf die Frage antworten: „Wieviel ECU hat die EU Bayern gebracht?“ Sie ist vielmehr ein Katalog der Möglichkeiten, der vielfältigen Kooperationsformen. Sie zeigt,

Die Europäische Union sichert viele Arbeitsplätze

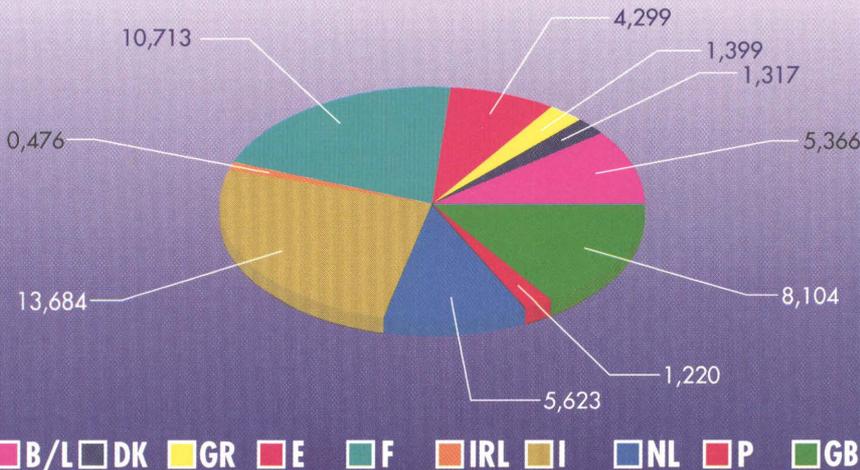
daß Europa den einzelnen Bürger in seiner Region „betrifft“ und stellt klar, daß auch das eigene Land Brüsseler Entscheidungen nicht hilflos ausgeliefert ist, sondern sich aktiv am europäischen Diskussions- und Entscheidungsprozeß beteiligt. Dem Bürger selbst bleibt damit der Weg nach Brüssel erspart: Ein Netzwerk der Information, das EU, Bund und Land gemeinsam aufgebaut haben, kann bei Fragen zum Thema Europäische Union so gut wie immer weiterhelfen.

Regionale Vielfalt bleibt erhalten

Region ist nicht gleich Region - weder geographisch noch politisch. Ein Blick auf die Landkarte genügt, um festzustellen: Europa ist ein Kontinent der Vielfalt. Bedürfnisse und Interessen der einzelnen Regionen sind nicht immer leicht unter einen Hut zu bekommen. Schon der Begriff „Region“ wird von EU-Staat zu EU-Staat ganz anders verstanden: Einige Regionen haben eine eigene Sprache, viele sind historisch gewachsen. Andere Regionen sind im Grunde künstlich geschaffene Wirtschafts- und Verwaltungseinheiten. Oft haben Landschaft und Klima natürliche Grenzen gezogen. In Deutschland sind die Bundesländer in ihrer heutigen Gestalt erst nach dem zweiten Weltkrieg entstanden, die neuen Bundesländer sind erst wenige Jahre alt.

Der Export Bayerns in die EU

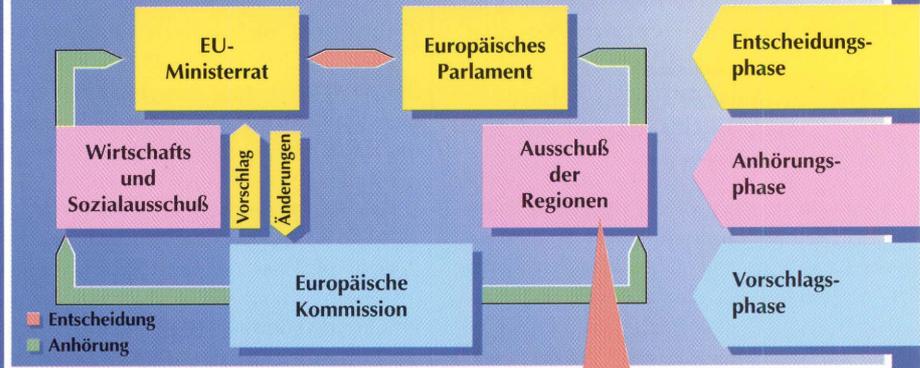
— 51,7 Milliarden DM: Das sind 51,4 Prozent des Gesamtexports —



Quelle: Statistisches Bundesamt und Statistische Landesämter, Stand 1992

Zahlen in Milliarden DM

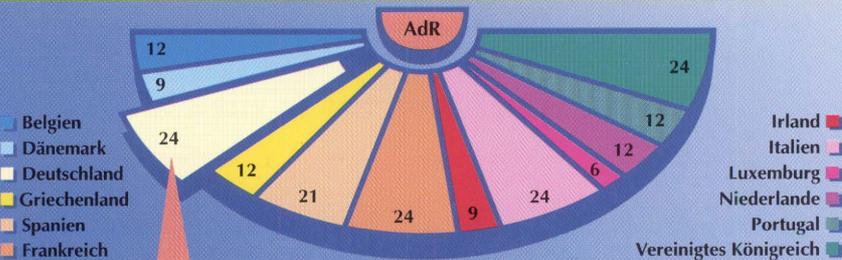
Entscheidungsverfahren der Europäischen Union



Ausschuß der Regionen (AdR)

Der Regionalausschuß muß in folgenden Fällen angehört werden:

- ★ Festlegung der Aufgaben, Ziele und allgemeinen Regelungen der Strukturfonds (Art. 130d),
- ★ Beschluß über spezifische Aktionen außerhalb des Fonds (Art. 130b Abs. 2),
- ★ Errichtung des Kohäsionsfonds (Art. 130d Abs. 2),
- ★ Durchführungsbeschlüsse des Regionalfonds (Art. 130e),
- ★ Festlegung der Leitlinien und Erlaß der übrigen Aktionen beim Aufbau/Ausbau der transeuropäischen Netze (Art. 129d Abs. 1),
- ★ Erlaß von Fördermaßnahmen im Gesundheitswesen (Art. 129 Abs. 4), im Kulturbereich (Art. 128 Abs. 5) und im Bereich der allgemeinen Bildung (Art. 126 Abs. 4).



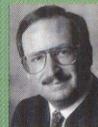
Die deutschen Regionen entsenden 24 Vertreter in den AdR



Das Land Bayern benennt zwei Vertreter



Thomas Goppel
 Bayerischer Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen



Reinhold Bocklet
 Bayerischer Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Die deutschen Bundesländer mit ihrer Eigenstaatlichkeit können ihre Interessen und Standpunkte oft deutlicher geltend machen als andere Regionen Europas, die eng an eine zentralstaatliche Verwaltung angebunden sind. Für den Begriff „Länder“ gibt es in den anderen Sprachen der Europäischen Union keine Übersetzung - schon das zeigt ihren Sonderstatus unter den Regionen Europas. Zentraler Ort, an dem Bayern seine europäischen Interessen einbringt, ist der Bundesrat. Die Länder verfügen über wichtige und in der Verfassung verankerte Beteiligungsrechte. Die Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäische Union bedarf der Zweidrittelmehrheit von Bundestag und Bundesrat, bei bestimmten EU-Ministerräten sitzen die Länder gleichberechtigt mit am Verhandlungstisch.

Bayern entscheidet mit

Die Regionen suchten seit langem auch den politischen Kontakt zu den EU-Institutionen. Die deutschen Länder machten dies deutlich, indem sie Europaministerien einrichteten und eigene Landesvertretungen in Brüssel eröffneten. An der Debatte um den Vertrag von Maastricht haben sich die Regionen intensiv beteiligt. Viele Forderungen der Länder sind in das Vertragswerk eingeflossen.

Ganz sicher brachte der Vertrag über die Europäische Union (EUV) eine Trendwende zugunsten von Föderalismus und Dezentralisierung. Durch seine Ratifizierung haben die Länder längst verloren geglaubten

Trendwende zugunsten von Föderalismus und Dezentralisierung

Einfluß auf die EU-Gesetzgebung zurückgewonnen. Der Vertrag legt fest, daß

- ★ die Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden (Art. A EUV),
- ★ die nationale Identität der Mitgliedstaaten geachtet wird (Art. F EUV),
- ★ die Union nur innerhalb der Grenzen der ihr in dem Vertrag zugewiesenen Befugnisse und gesetzten Ziele tätig wird (Art. 3b EUV), und
- ★ die EU in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig werden darf, wenn die Aufgaben von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend erfüllt werden können (Art. 3b EUV).

Von großer Bedeutung für die Regionen ist, daß dieses Prinzip der „Subsidiarität“ in Maastricht zum europäischen Verfassungsgrundsatz erhoben wurde: Die Europäische Union soll grundsätzlich nur dann tätig werden, wenn das angestrebte Ziel nicht besser auf einer niedrigeren Verwaltungsebene erreicht werden kann.

Die Vertreter der deutschen Kommunen im AdR

- **Gerhard Gebauer**
Präsident der Deutschen Sektion
des Rats der Gemeinden Europas
Oberbürgermeister Villingen-Schwenningen
- **Otto Neukum**
Landrat des Kreises Bamberg
- **Hans Eveslage**
Präsident des Niedersächsischen
Städte- und Gemeindebundes
Bürgermeister Barßel/Niedersachsen

Bruttoinlandsprodukt und Arbeitslosenquoten der Regionen

	Bruttoinlands- produkt	Arbeitslosen- quote		Bruttoinlands- produkt	Arbeitslosen- quote
Europäische Union	100	10,4	Irland	72	18,4
Belgien	108	8,8	Italien	106	11,2
Vlaams Gewest	109	6,6	Nord Ovest	122	8,6
Région Wallonne	87	12,0	Lombardia	139	4,5
Bruxelles - Brussel	171	11,3	Nord Est	122	4,9
Dänemark	111	10,6	Emilia-Romagna	132	4,7
BR Deutschland	106	7,0	Centro	110	7,9
Baden-			Lazio	121	11,0
Württemberg	130	4,1	Campania	73	22,8
Bayern	127	3,9	Abruzzi-Molise	91	13,1
Berlin	95	9,2	Sud	70	17,6
Brandenburg	36	12,0	Sicilia	70	23,1
Bremen	159	8,7	Sardegna	77	19,8
Hamburg	209	5,6	Luxemburg	131	2,4
Hessen	149	4,6	Niederlande	104	8,2
Mecklenburg-			Noord-Nederland	106	10,6
Vorpommern	33	14,1	Oost-Nederland	91	7,9
Niedersachsen	108	6,4	West-Nederland	111	7,9
Nordrhein-			Zuid-Nederland	100	8,0
Westfalen	115	6,6	Portugal	60	4,9
Rheinland-Pfalz	104	4,7	Continente	60	4,9
Saarland	112	7,4	Acores	-	4,6
Sachsen	33	11,5	Madeira	-	3,4
Sachsen-Anhalt	35	13,6	Großbritannien	98	10,3
Schleswig-Holstein	102	5,3	North	86	11,4
Thüringen	30	12,8	Yorkshire and		
Griechenland	49	7,7	Humber-side	88	10,2
Voreia Ellada	46	6,3	East Midlands	94	9,0
Kentriki Ellada	48	7,2	East Anglia	99	8,4
Attiki	55	9,9	South East	117	10,5
Nisia Aigaiou, Kriti	44	4,8	South West	94	9,6
Spanien	80	21,3	West Midlands	89	10,9
Noroeste	66	17,8	North West	90	10,5
Noreste	92	18,6	Wales	83	9,7
Madrid	100	16,5	Scotland	94	10,1
Centro	65	21,0	Northern Ireland	74	15,0
Este	92	19,6			
Sur	64	29,7			
Canarias	79	26,7			
Frankreich	115	10,3			
Ile de France	172	8,9			
Bassin Parisien	105	10,5			
North -					
Pas-de-Calais	93	13,2			
Est	106	8,2			
Ouest	97	10,0			
Sud-Ouest	101	10,2			
Centre-Est	110	10,5			
Méditerranée	98	13,5			
Départements					
d'Outre-Mer	45	-			

Quelle: EUROSTAT

Die Zahlen für das Bruttoinlandsprodukt beziehen sich auf das Jahr 1991. EU-Durchschnitt: 100.

- Arbeitslosenquoten (in Prozent): Stand April 1993

- Arbeitslosenquote für Griechenland: Stand April 1992



Auch im Bundesrat werden wichtige europapolitische Entscheidungen getroffen.

Ausschuß der Regionen

Durch die Einrichtung des „Ausschusses der Regionen“ schafft der „Vertrag über die Europäische Union“ neue Mitgestaltungsmöglichkeiten der Regionen auf europäischer Ebene. Der Ausschuß der Regionen berät den EU-Ministerrat und die Europäische Kommission in allen Fragen von regionalem Interesse. Er hat zwar nur beratende Funktion, beteiligt aber die Länder, Regionen und Kommunen unmittelbar am europäischen Meinungsbildungsprozeß. Mit der Einrichtung dieses Ausschusses vertreten die Bundesländer ihre Interessen also künftig nicht nur in Bonn, sondern auch in Brüssel.

Von den 24 deutschen Mitgliedern des Regionalausschusses werden 21 durch die Bundesländer und drei von der kommunalen Ebene benannt. Die fünf größten Bundesländer haben je zwei Sitze, die elf anderen je einen Sitz. Arbeitsfelder des Ausschusses sind Bildung und Kultur, Gesundheitswesen, trans-europäische Netze, die Aktionen zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts sowie die Strukturfonds.

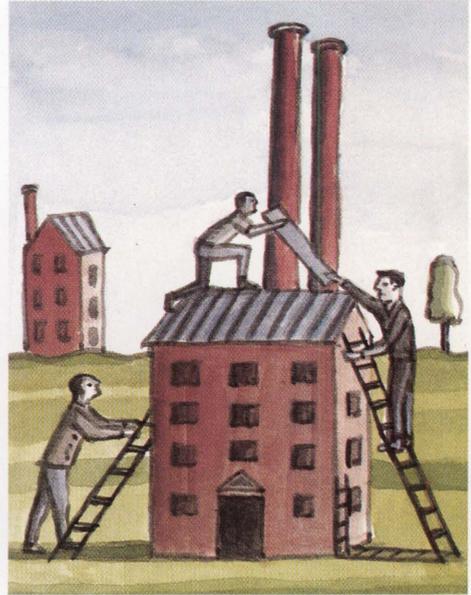
Die bayerischen Abgeordneten im Europäischen Parlament

Für bürgernahes Handeln der EU sorgen auch die bayerischen Abgeordneten im Europäischen Parlament (EP). Manche EP-Mitglieder bekleiden zusätzliche Ämter in ihrem Wahlkreis, so daß auch neue Themen zügig ihren Weg nach Brüssel finden. Daß Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hessen, Saarland, Schleswig-Holstein, Sachsen, Thüringen und Brandenburg im Rahmen des Programms „Konver“ europäische Fördermittel für vom Truppenabzug betroffene Gebiete erhalten, ist Europaparlamentariern zu verdanken. Auch die Neuordnung der Strukturfonds trägt ihre Handschrift.



DIE EUROPÄISCHE UNION HILFT DEN REGIONEN

Auch Bayern erhält
umfangreiche EU-Fördermittel



Die Wohlstandsschere klapft in Europa nach wie vor weit auseinander: Die reichsten Regionen sind viermal so wohlhabend wie die wirtschaftsschwächsten Gebiete. Sie liegen in Griechenland, Spanien, Portugal, Irland und den neuen Bundesländern. Um die Annäherung der Lebensverhältnisse und damit den Zusammenhalt der Union zu fördern, gibt es innerhalb der EU ein umfangreiches System der Förderung benachteiligter Regionen. Daß eine ausgewogene Strukturpolitik für die europäische Einigung überlebenswichtig ist, hat der Vertrag über die Europäische Union erneut bestätigt. Er weist dem wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der europäischen Regionen einen hohen Stellenwert zu.

Die Strukturfonds der Europäischen Union

Deshalb hat die EU die „Strukturfonds“ eingerichtet: den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds (ESF) und der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung (EAGFL). Neu ist das Finanzinstrument zur Ausrichtung



der Fischerei (FIAF), mit dem Maßnahmen zur Behebung struktureller Probleme in diesem Bereich finanziert werden. Die Strukturfonds haben mit einem Etat von 141,47 Milliarden ECU für den Zeitraum von 1994 bis 1999 einen Anteil von 30 Prozent am Haushalt der Europäischen Union. Mit Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht ist außerdem der Kohäsionsfonds für die Länder Griechenland, Spanien, Portugal und Irland mit einem Etat von 15,1 Milliarden ECU für den Zeitraum 1993 bis 1999 hinzugekommen.

Die Mittel der Strukturfonds werden nach klar festgelegten Spielregeln verteilt: die Schwerpunktbereiche der Förderung werden in der Brüsseler Terminologie als „Ziele“ bezeichnet. Die insgesamt fünf Ziele werden in zwei Gruppen unterteilt. „Ziel 1“, „Ziel 2“ und „Ziel 5b“ sind direkt auf die Regionen zugeschnitten. „Ziel 3“, „Ziel 4“ und „Ziel 5a“ sind dagegen problem- oder zielgruppenbezogen.

ZIELE

„Ziel 1“

fördert die „Entwicklung und strukturelle Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand“ und steht im Mittelpunkt der EU-Strukturförderung. In Deutschland sind dies die neuen Bundesländer, die zwischen 1994 und 1999 aus Brüssel 13,64 Milliarden ECU erhalten.

„Ziel 2“

hilft Regionen, die von einer „rückläufigen industriellen Entwicklung schwer betroffen sind“. Von 1994 bis 1996 stehen für Deutschland 733 Millionen ECU bereit. Auch Hof sowie die Stadt und der Landkreis Schweinfurt fallen unter diese Förderung.

„Ziel 3“

konzentriert sich auf die „Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und Erleichterung der Eingliederung jugendlicher und der vom Ausschluß aus dem Arbeitsmarkt bedrohten Personen in das Arbeitsleben“. Deutschland erhält 1,65 Milliarden ECU von 1994 bis 1999.

„Ziel 4“

unterstützt Maßnahmen, die „die Anpassung der Arbeitskräfte an die industriellen Wandlungsprozesse und Veränderungen der Produktionssysteme“ erleichtern. Für Deutschland stehen 291,3 Millionen ECU zwischen 1994 und 1999 bereit.

„Ziel 5a“

soll die „beschleunigte Anpassung der Agrarstrukturen einschließlich der Hilfe zur Modernisierung und Umstrukturierung der Fischerei“ fördern. Von 1994 bis 1999 stehen Deutschland dafür 1,13 Milliarden ECU zur Verfügung.

„Ziel 5b“

will die „Entwicklung und Strukturanpassung“ der ländlichen Gebiete erleichtern. Von 1994 bis 1999 stehen für Deutschland 1,227 Milliarden ECU bereit. Unterstützt werden in Bayern Gebiete folgender Kreise: Aichach-Friedberg, Amberg-Sulzbach, Ansbach, Bad Kissingen, Bamberg, Bayreuth, Cham, Coburg, Deggendorf, Donau-Ries, Eichstätt, Forchheim, Freyung-Grafenau, Haßberge, Hof, Kelheim, Kitzingen, Kronach, Kulmbach, Landsberg a. Lech, Lichtenfels, Main-Spessart, Mühldorf a. Inn, Neuburg-Schrobenhausen, Neumarkt i. d. Opf, Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim, Neustadt a. d. Waldnaab, Oberallgäu, Passau, Regen, Regensburg, Rhön-Grabfeld, Roth, Rottal-Inn, Schwandorf, Schweinfurt, Straubing-Bogen, Tirschenreuth, Weißenburg-Gunzenhausen, Wunsiedel i. Fichtelgebirge.

Bund- und Länderbeteiligung im Entscheidungsprozess der EU-Strukturförderung

Konzeption

Bund und Länder reichen ihren regionalen Entwicklungsplan bei der Europäischen Kommission ein. Darin sind Ziele und Maßnahmen der Strukturförderung festgelegt.

Die Europäische Kommission erstellt in Abstimmung mit Bund und Ländern das gemeinschaftliche Förderkonzept (GFK). Es ist die Basis für die operationellen Programme (OP).

Bund und Länder reichen ihre operationellen Programme bei der Europäischen Kommission ein.

Umsetzung

Die Kommission nimmt Vorschläge über die geplanten Projekte innerhalb der operationellen Programme an. Fördermittel stehen bereit über den:

- *Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)*
- *Europäischen Sozialfonds (ESF)*
- *Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds Abt. Ausrichtung (EAGFL)*
- *Finanzinstrument für Fischerei (FIAF)*

Wirtschafts-, Arbeits- und Landwirtschaftsministerien der Länder, des Bundes oder die Bundesanstalt für Arbeit entscheiden über zu fördernde Projekte im Rahmen der operationellen Programme.

Antragsteller (Unternehmen, Institutionen oder Einzelpersonen) wenden sich an das jeweilige Ministerium.



Regionale und kommunale Projektträger

Die Europäische Union kann mit diesem Ziel-Katalog flexibel auf Förderwünsche regionaler und kommunaler Projektträger reagieren. So haben in Bayern viele Jugendliche und Langzeitarbeitslose über solche Projekte einen Arbeitsplatz gefunden. Große Beträge aus der EU-Kasse erhält die Bundesanstalt für Arbeit (BfA), die den örtlichen Arbeitsämtern zur Finanzierung von Umschulungs- und Fortbildungskursen sowie von ABM-Stellen dienen. In den meisten Fällen ist den Kursteilnehmern und auch den Veranstaltern aber leider nicht bekannt, daß ihr Projekt von der Europäischen Union teilfinanziert wird.

Die Vergabe der Strukturfondsmittel beruht auf folgenden Prinzipien:

- ★ Das Gebot der Subsidiarität fordert, daß die Verantwortung für die Umsetzung einer Aufgabe von einer möglichst bürgernahen Verwaltungsebene wahrgenommen wird. In der Bundesrepublik sind das in der Regel die Länder, in manchen Fällen auch der Bund, die Förderregionen und Projekte vorschlagen und Finanzierungspläne aufstellen.
- ★ Die gemeinsame Umsetzung wiederum bedeutet, daß alle Akteure auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene an der Vorbereitung und der Ausführung der Programme beteiligt sind.
- ★ Die Mitgliedstaaten müssen mindestens 25 Prozent Projektmittel selbst aufbringen. Durch dieses Prinzip der komplementären Finanzierung ist die Wirkung der EU-Maßnahmen weitaus größer, als die von der Union ausgewiesenen Zahlen. So werden die EU-Strukturhilfen zu einem wichtigen Katalysator für den wirtschaftlichen Fortschritt in Europa.
- ★ Die Vergabe muß den EU-Wettbewerbsregeln und den Anforderungen des Umweltschutzes entsprechen.

Gemeinschaftliches Förderkonzept

Die bayerische Landesregierung erarbeitet zusammen mit dem Bund und der Europäischen Union ein Gemeinschaftliches Förderkonzept (GFK), in dem festgelegt wird, welche Gebiete durch welche Aktionen gefördert werden und wie die Finanzierungspläne aussehen. Die regionalen und lokalen Partner übernehmen eigenverantwortlich die Abwicklung eines Projekts auf der Grundlage eines Operationellen Programms (OP). Darüber hinaus gibt es auf EU-Ebene Begleitausschüsse, in denen Vertreter der Bundesländer beratend den Organen der EU zur Seite stehen. Zusätzlich sind auf deutscher Ebene weitere Begleitausschüsse tätig.

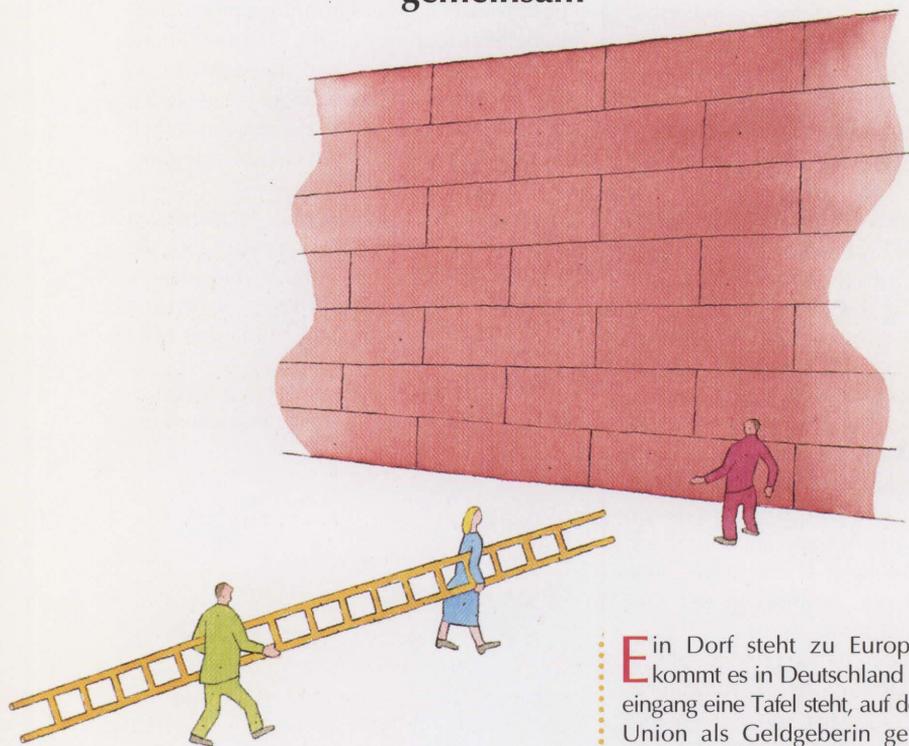
In erster Linie bestimmen die Mitgliedstaaten die strukturpolitischen Schwerpunkte. Doch die EU kann auch eigene Initiativen vorschlagen. Für diese „Gemeinschaftsinitiativen“ stehen von 1994 bis 1999 rund 12,69 Milliarden ECU bereit.

Die Darlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB) sind ein weiteres Instrument der EU-Strukturpolitik.



ZUKUNTSORIENTIERTE ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN

Die Europäische Union
und Bayern handeln
bei vielen Projekten
gemeinsam



Ein Dorf steht zu Europa. Selten genug kommt es in Deutschland vor, daß am Ortseingang eine Tafel steht, auf der die Europäische Union als Geldgeberin genannt wird. Die Bewohner von Lauterbach, einem Ort mit 15 Häusern in Mittelfranken, haben eine Interessengemeinschaft gebildet, die für die Dorfentwicklung viel erreicht hat: Neben einer allgemeinen Verbesserung der touristischen Infrastruktur entstand in der Ortsmitte ein Spielplatz, der zur Hälfte von der EU bezahlt wurde. Fünf landwirtschaftliche Betriebe richteten Fremdenzimmer ein und bieten seither „Urlaub auf dem Bauernhof“ an. 40 Prozent der Kosten hat die EU aus ihrem Haushalt ersetzt. Eine neue Kläranlage war notwendig gewor-



den. Lauterbach baute eine besonders umweltfreundliche, bei der hauptsächlich Pflanzen im Einsatz sind. Die Europäische Union beteiligte sich mit 75 Prozent an der Bausumme.

In Utzenhofen, Markt Kastl, schlossen sich Bürger zusammen, um mit EU-Hilfe einen Dorfladen einzurichten. Darin werden Produkte örtlicher Herkunft vertrieben, und das kleine Geschäft wurde zu dem, was früher alle Dörfer hatten: einen Tante-Emma-Laden als Bürgertreff.

Regionale Entwicklungsprojekte

Im Förderzeitrahmen 1989 bis 1993 erhielt Bayern für regionale Entwicklungsprojekte 257 Millionen ECU von der Europäischen Union.

Im Landkreis Cham, Regierungsbezirk Oberpfalz, schlossen sich vier landwirtschaftliche Betriebe zusammen, um nach der Vorlage einer eigenen Konzeption für den Landkreis Grüngut und Strauchmaterial als Biomüll zu entsorgen. Vier Kompostieranlagen wurden installiert mit einer Entsorgungskapazität von 60 000 Kubikmetern Abfall. Das Investitionsvolumen betrug 1,5 Millionen ECU, daran beteiligte sich die EU mit 350 000 ECU.

In Sulzbach-Rosenberg, Landkreis Amberg-Sulzbach, wird mit einer Teilfinanzierung von 3,2 Millionen ECU ein Biomasse-Heizwerk mit einer jährlichen Verwertungskapazität von 15 000 Tonnen gebaut, das von rund 350 landwirtschaftlichen Betrieben mit „grünem“ Brennmaterial beliefert werden soll. Ein weiteres Biomasse-Heizwerk ist in Wernberg-Köblitz geplant, an dessen Projektverwirklichung maßgeblich die Firma Conrad Elektronik beteiligt ist. Sie fördert die Entwicklung des ländlichen Raums darüber hinaus auf ihre Weise: Den Versand der Kataloge, die das Unternehmen zur Information seiner Kunden in hoher Auflage produziert, übernehmen landwirtschaftliche Betriebe; außerdem bemüht sich das Unternehmen um Verpackungsmaterialien aus nachwachsenden Rohstoffen, die von den Landwirten bezogen werden. Zum Biomasse-Heizwerk gehört die Anschaffung einer fahrbaren Pelletiermaschine im Wert von

einer Million ECU, an der sich die EU mit 500 000 ECU beteiligt hat.

Fördermittel für die Region

Ein Hauptförderziel bei der Projektvergabe war, den Landwirten dieser Region neue Absatzmöglichkeiten zu schaffen, die außerhalb der Nahrungsmittelproduktion liegen. Dazu zählt ein Golfprojekt in Königstein. Vier Landwirte bauten die Anlage mit Investitionskosten von 3,5 Millionen ECU, von der EU werden sie rund 1,4 Millionen ECU zurückerhalten.

Zur Entwicklung des ländlichen Raums gehört nach den Förderzielen der EU immer auch eine Unterstützung des Fremdenverkehrs. Die EU hat über „Ziel 5b“ zahlreiche „Urlaubauf-dem-Bauernhof-Projekte“ mitfinanziert. In Ostbayern setzten Antragsteller ein umfangreiches Konzept um, in das beispielsweise ein Fitnessbauernhof (Fördersumme 15 000 ECU) eingebunden ist, genauso wie ein Anglerparadies (60 000 ECU). Im Regierungsbezirk Mittelfranken gab es in Weidenbach, Markt Nordheim und Ippesheim für den Bau von Ferienwohnungen Geld aus Brüssel.

Förderung der Landwirtschaft

Die Europäische Union bietet den bayerischen Landwirten mehr als nur das relativ starre System der Marktordnung. Mit Mitteln aus dem Strukturfonds werden neue Ideen für neue Absatzmärkte honoriert: In Weiden besteht ein Verbund aus elf landwirtschaftlichen Betrieben, die ihr Geld zusammenlegten, um Verkaufsfahrzeuge anzuschaffen, Hofläden einzurichten und Lagerflächen zu modernisieren. Gemeinsame Werbung und Vermarktung von Fleisch und Streuobst ist das Interesse der „Jungbergbauern Stefling“, ein Zusammenschluß von 13 Betrieben im Landkreis Schwandorf in Form einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts. Diese vertreibt ihre Produkte auf Märkten und bei Anlässen wie dem Mostfest und Weihnachtsmärkten. Jetzt wird darüber



Internationale Unternehmenskooperation sichert Arbeitsplätze: EuroSprinter

nachgedacht, die regionale Gastronomie in die Vermarktung einzubeziehen.

Bilanz der Landwirtschaftsförderung der EU zwischen 1989 und 1993 in Bayern: 140 Projekte genehmigt, knapp 30 Millionen ECU Fördersumme (Zeitraum 1990-1992), 580 Landwirte bekamen Geld für die Modernisierung ihrer Betriebe, 1400 Junglandwirte nahmen Weiterbildungsangebote wahr. An die 100 000 Landwirte erhielten direkte Einkommensbeihilfen.

Förderung der Industrie

In den vergangenen drei Jahren genehmigte die EU in Bayern Beihilfen in Höhe von 4,9 Millionen ECU zur Umstellung von Industriezweigen mit Strukturproblemen. Zusätzlich vergab sie 3,9 Millionen ECU an zinsgünstigen Darlehen in Gebiete, in denen wegen der Bergbau- und Stahlkrise Arbeitsplätze verloren gegangen sind. Im Landkreis Schwandorf erhielt eine Getränkefirma ein Darlehen für die Erweiterung ihrer Produktion. Damit wurden zusätzlich zu den bereits bestehenden 600 Arbeitsplätzen 200 weitere geschaffen.

Grenzüberschreitende Projekte in europäischer Dimension

Mit 93 Millionen ECU hat die EU von 1987 bis 1992 in Bayern insgesamt 597 Projekte mit 2170 beteiligten Partnern in der gesamten Gemeinschaft finanziert. Die meisten Kooperationen kamen mit britischen und französischen Partnerfirmen zustande, viele auch mit Unternehmen in Italien und den Niederlanden. Die meisten Verbindungen entstanden in der Großindustrie (unter Beteiligung von: RWE, Bayernwerk GmbH, Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH, Deutsche Aerospace, Siemens AG), gefolgt von der Forschung (GSF-Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit GmbH, Fraunhofer-Gesellschaft, Max-Planck-Gesellschaft) und vielen Universitätsinstituten.

Die Patentstelle für die Forschung der Fraunhofer-Gesellschaft in München ist Mitglied beim EUROTECH-Projekt, das aus dem SPRINT-Programm finanziell unterstützt wird. Aufgebaut wurde ein leistungsfähiges Informationsnetzwerk zum europaweiten



*EU hilft der Landwirtschaft:
Kompostanlage in Roding*

Technologietransfer. Das von der Europäischen Union initiierte Projekt wird von den beteiligten Forschungseinrichtungen mittlerweile in Eigenregie geführt.

Im Rahmen des Forschungsprogramms ESPRIT für Informationstechnologien arbeiten der französische Computerhersteller Bull und Siemens-Nixdorf zusammen. Durch ihre Kooperation sind die beiden Unternehmen in

Forschung und Entwicklung

der Lage, die konventionellen Leitungen, die normalerweise Mikrochips mit dem Computer verbinden, durch ein spezielles automatisiertes Verfahren zu ersetzen.

Ballungszentren ersticken im Verkehr. Es ist eines der vielen gesamteuropäischen Probleme. Um Lösungswege aus dem Verkehrschaos geht es im Projekt LLAMD im Rahmen des Programms DRIVE. Hier arbeiten die Städte London, Lyon, Amsterdam, München und Dublin zusammen. Erprobt werden Verkehrsleitsysteme, der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrsnetzes und eine bessere Ausnutzung vorhandener Parkräume. Die Konzepte sind darauf ausgelegt, Autofahrer mit attraktiven Angeboten zum Umsteigen auf öffentliche Nahverkehrsmittel zu bewegen.

Im europäischen Luftraum drängeln sich die Flugzeuge. Mit Geldern aus dem EURET-Programm (Verkehrstechnologien), werden Leitsysteme erforscht.

Bayerische Unternehmen müssen nicht unbedingt auf europäische Partnersuche gehen, um EU-Forschungsmittel zu erhalten. Bei der Firma Pfeleiderer Holzwerkstoffe in Neumarkt zählte die gute Idee, aus Holzresten und nachwachsenden Rohstoffen (Stroh, Gräser...) ressourcenschonend Energie für die Stromerzeugung zu gewinnen. Das Projekt wurde mit knapp 1,5 Millionen ECU aus dem THERMIE-Programm (Erforschung von Technologien zur Energieeinsparung) bezuschußt. Die Antragsgenehmigung der Europäischen Union hat dem Projekt in einem besonderen Maß zum Durchbruch verholfen: Durch sie sahen sich Bund und der Freistaat Bayern veranlaßt, die Entwicklung dieser Energiegewinnungsanlage ebenfalls zu unterstützen.

Bildung

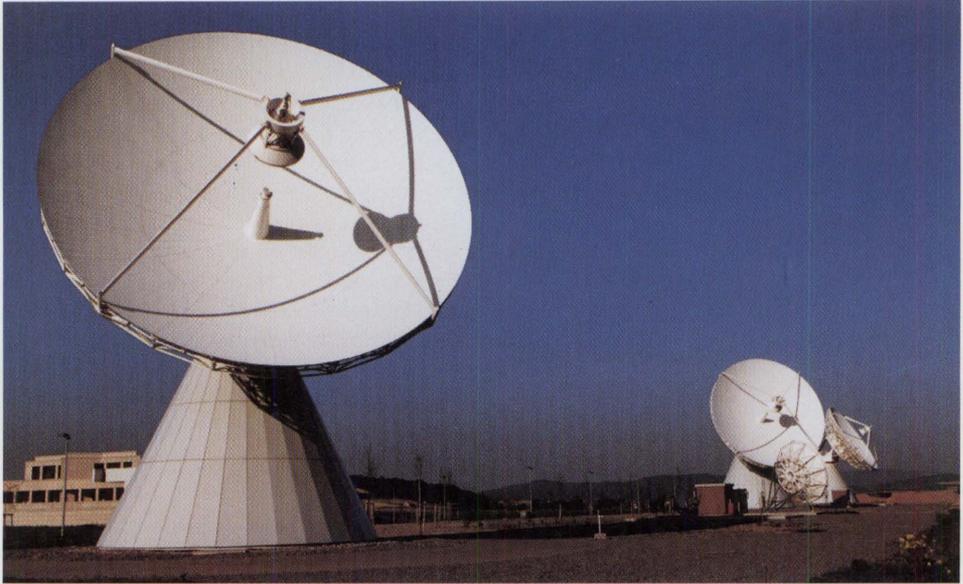
Mit Stipendien des ERASMUS-Programms, das Studenten aller Fachrichtungen offensteht, haben im Studienjahr 1992/93 rund 870 bayerische Nachwuchssakademiker Uni-Erfahrung in anderen europäischen Städten gesammelt. Etwa ebenso viele Studenten aus anderen europäischen Ländern waren für ein oder zwei Semester an bayerischen Hochschulen eingeschrieben.

Hochschulen denken über europäische Integration nach

Die „Action Jean Monnet“ betrifft die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Über dieses Programm unterstützt die Union Hochschulinitiativen, mit denen das Angebot an Lehrveranstaltungen zum Thema europäische Integration erweitert werden soll.

Zwischen 1990 und 1992 wurden in Bayern 13 Projekte an fünf Universitäten mit insgesamt 62500 ECU bezuschußt. Dazu gehören die Universität Augsburg, die Universität Bayreuth, die Hochschule für Politik München und die TU München.

FAMOSA e.V. in München ist ein Verein für Frauen, die sich selbständig machen wollen. Ange-



Telekommunikation: Ein Schwerpunkt der EU-Forschungsförderung.

boten werden kostenlose Seminare und individuelle Unternehmensberatung. Beteiligt ist eine Partnerorganisation in Spanien. FAMOSA erhielt aus dem NOW-Topf der EU 110 000 ECU, das entspricht 45 Prozent des Projektetats.

Kredite der Europäischen Investitionsbank

Von der Europäischen Investitionsbank (EIB) in Luxemburg erhielt im Jahr 1990 ein Automobilunternehmen einen 75-Millionen-ECU-Kredit zum Bau eines Forschungs- und Ingenieurzentrums. Ein Jahr später erhielt die Flughafen München GmbH die gleiche Kreditsumme und 1992 nochmals 100 Millionen ECU für den Flughafenneubau in Erding.

Katastrophenhilfen

Schwere Überschwemmungen haben 1992 in Bayern zahlreiche Familien obdachlos gemacht. Als Soforthilfe hat die EU über 500 000 ECU ausgezahlt. Mehr als 100 Geschädigte konnten sich bei ihrer zuständigen Behörde einen Scheck abholen.

